

Schwierige Zeiten

SYVICOL: Einkommensverluste für die Kommunen von 1,3 Milliarden Euro möglich

LUXEMBURG

PATRICK WELTER

Können Schöffenräte zu Hause bleiben und per Video-Konferenz zusammenarbeiten, während den Mitarbeitern - aus durchaus legitimen Gründen - das Homeoffice verweigert wird? Das war eine der Fragen die gestern bei der Vorstandssitzung des Städte- und Gemeindebundes SYVICOL diskutiert wurde. Die Sitzung fand wieder Corona-bedingt im großen Saal des hauptstädtischen Rathauses statt. Aufgrund der anhaltend hohen Ansteckungsrate saßen die Vorstandsmitglieder noch weiter auseinander als sonst und die Presse konnte der Sitzung per Live-Stream von Redaktion oder Homeoffice aus folgen.

Es war auch die erste Sitzung mit dem Eitelbrücker Bürgermeister Jean-Paul Schaaf, der im Vorstand auf André Schmit folgte. Schaaf meinte als neues Vorstandsmitglied zum Einstand, es ginge im vor allem darum „Den Gemengen an der Chamber nach méi eng grouss Stëmm ginn.“

Beitragserhöhung

Die Mitgliedsgemeinden wird es nicht unbedingt freuen, aber der SYVICOL muss aufgrund seiner breiteren Aufgaben, einer besseren Personalausstattung und wegen des vielfach geäußerten Wunsches, direkt in die Gemeinderäte hinein zu kommunizieren, seinen Mitgliedsbeitrag von 1,30 Euro pro Einwohner der Mitgliedsgemeinden auf 1,50 Euro pro Kopf erhöhen. SYVICOL-Präsident Emile Eicher machte aber auch deutlich, dass sein Syndikat für 2020 schon die Reserven angreifen musste, die von 800.000 auf 560.000 Euro sinken. Aber es sei wichtig die Mitgliedsgemeinden nicht zu überlasten. Die ordentlichen Einnahmen des Städte- und Gemeindebundes steigen so von 839.000 Euro im berichtigten Haushalt 2020 auf 993.000 Euro im Budget 2021. Beide Haushaltsvorlagen 2020 und 2021 wurden vom Vorstand einstimmig angenommen.

1,3 Milliarden Mindereinnahmen?

Bei der gewünschten Stellungnahme des SYVICOL zum Staatsbudget stellte Emile Eicher zunächst fest, dass die Kommunen im nächsten Jahr 340 Millionen Euro weniger aus der Staatskasse erhalten werden als ursprünglich erwartet. Über die nächsten Jahre würden sich die Einkommensverluste der Kommunen auf 1,3 Milliarden Euro summieren.

Positiv wertet Eicher, dass die Zuschüsse des Innenministeriums von 35 auf 40 Prozent erhöht werden, denn „einige Gemeinden haben Probleme.“ Die staatlichen Subventionen beziehungsweise deren Deckelung müssten angepasst werden, die Obergrenzen für Förderungen seien seit 15 Jahren nicht angehoben worden. Das führe in einigen Fällen dazu,



Beim Städte- und Gemeindebund wünscht man sich eine transparentere Förderpolitik

Foto: Editpress

dass de facto nur noch Förderungen in Höhe von realen 20 Prozent geleistet werden. Beim Bau von kommunalen Schulen sollte sich der Vergabe von staatlichen Mitteln nicht nur an Größe und Anzahl der Klassenräume orientieren, moderne Schulen hätten ein vielfältiges Raumprogramm, so Eicher. Nicht zu vergessen, dass die Informatik in den Schulen immer teurer wird.

Nur das Sportministerium subventioniert korrekt

Der Präsident wiederholte seine Feststellung, dass allein das Sportministerium eine transparente und zügige Förderpraxis gegenüber den Kommunen betreibt. Das sollte anderen Ministerien ein Vorbild sein.

Ein weiteres Sorgenkind ist die Vorgabe,

Umweltpakt sei auch nicht frei von diskussionswürdigen Vorschlägen.

Hier meldet sich Romain Osweiler, Bürgermeister von Rosport-Mompach, zu Wort, für den es viel zu viele „Pakte“ gibt und aufgrund dessen er deren Akzeptanz in Frage stellt. Er frage sich wieso man nicht mehr Vertrauen in die Gemeinden und die Bevölkerung habe? Keine Gemeinde lasse sich heute noch zu Umweltsünden verleiten.

Nach der Stellungnahme zu weiteren Gesetzesvorhaben, unter anderem eine Anpassung des Landesplanungsgesetzes, deren Inhalt die Hausjuristin des SYVICOL als „nicht sexy“ beschrieb, der aber zur Vorlage der „plans sectoriels“ notwendig sei, und zu einer Änderung einer großherzoglichen Verordnung zur Ausbildung von kommunalen Angestellten, berichtete Emile Eicher von einer Videokonferenz mit Innenministerin Taina Bofferding.

Eines der behandelten Themen waren die eingangs angesprochenen Videokonferenzen der Schöffenräte, die bei Lichte betrachtet schlicht illegal sind, für Eicher und die Ministerin in Corona-Zeiten aber Sinn machen.

Bofferding kündigte eine kurzfristige Gesetzesänderung an. Das war der Punkt, an dem der Merscher Bürgermeister Michel Malherbe intervenierte und die Frage stellte, wie man gegen das Homeoffice für Mitarbeiter argumentieren wolle, wenn der Schöffenrat zuhause bleibe?

In der anschließenden Diskussion stellte sich heraus, dass es zu den Themen Homeoffice, Videokonferenzen und Anwesenheit des Schöffenrates auch im Städte- und Gemeindebund einen bunten Strauß an Meinungen gibt. ●

„...einige Gemeinden haben Probleme“

EMILE EICHER Präsident des SYVICOL

dass sich Kläranlagen amortisieren sollen – eine für Eicher aktuell sinnlose Vorgabe. Sowieso herrsche in diesem Bereich eine extreme Preisexplosion, weil die Nachfrage bei den wenigen Fachfirmen so hoch ist.

Grundsätzlich sei es immer noch so, dass zahlreiche Genehmigungsverfahren zu lang sind. Es sei zwar zu merken, dass daran gearbeitet wird, aber es muss sich was tun.

Guy Wester stellte als Kommissionsmitglied die Anmerkungen zum neuen Klimapakt vor, in dem es eine Reihe von Änderungen gibt und auch den Trend zu komplizierteren Verfahren, es stellen sich etwa Fragen was einen Basisberater von einem spezialisierten Berater unterscheidet und ob ein Klimaschöffe etwas anderes ist als ein Umweltschöffe. Der ebenfalls anstehende